Freiheitsfackel

MITTEILUNGSBLATT

FÜR DIE MITGLIEDER DES FREIHEITSBUNDES E. V. LANDESVERBAND BERLIN

Nummer 21/22

Ordentliche Delegiertenversammlung

am **Sonnabend, dem 9. Mai 1959,** um 16.00 Uhr im Hause der Verwaltungsakademie, Berlin W 30, Nürnberger Straße 53/55.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung,
2. Wahl der Kommissionen,
   a) Mandatsprüfungskommission,
   b) Wahlkommission,
   c) Redaktionskommission,
3. Bericht des Landesvorstandes,
   a) des Vorsitzenden,
   b) des Kassierers,
4. Bericht der Revisoren,
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission,
6. Aussprache über die Berichte,
7. Bericht der Satzungskommission über die neue Satzung,
8. Aussprache und Beschlußfassung zu 7.,
9. Wahl von drei Delegierten zur Leitung der Versammlung für die Durchführung der Neuwahl,
10. Neuwahlen
    a) Landesvorsitzender,
    b) stellv. Landesvorsitzender,
    c) Kassierer,
    d) Schriftführer,
    e) Beisitzer,
    f) Revisoren,
11. Anträge,
12. Schlußwort.

Was wird im Mai passieren?

Die Drohung des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow hinsichtlich des Status von Westberlin, nach Ablauf von sechs Monaten, d. h. also ungefähr um den 27. Mai 1959 herum, eine Änderung durchzuführen, hat trotz des immer näher rückenden Termins an Schwere und an Aktualität verloren. Die Reaktion der freiheitlichen Welt und das Unbehagen, das die Sowjetunion gegenüber den verschiedenen Eskapaden der rotchinesischen Kommunisten und das Mißtrauen, das der Kreml hinsichtlich der Wahrheitsfreudigkeit der Zonenpropaganda empfindet, haben Chruschtschow sehr schnell wieder zur Vernunft gebracht, so daß er wiederholt betonte, die von ihm und seiner Regierung abgesandten Noten seien auf keinen Fall als ultimative Forderungen gemeint. Selbst die Propagandisten des Sowjetzonen-Kommunismus, die über Ostfernsehen und Ostrundfunk sowie mit dem Einsatz aller Pressemittel noch Anfang März sich bereits als Besitzer des Hilton-Hotels, der großen Warenhäuser und Stadtväter in Schöneberg sahen, haben nach dem Besuch Chruschtschows in Leipzig und Berlin ihre ver-

schrammte Langspielplatte vom Teller nehmen müssen und verkünden nun, wie z. B. Albert Norden vor vierzehn Tagen in Neuruppin, daß im Monat Mai gar nichts anderes passieren wird, als daß die friedlichen Bürger der Zone noch eifriger als sonst ihrer Arbeit nachgehen würden und eine Delegation der „DDR" in die Sowjetunion reisen werde.

Die Berlin-Aktion der Sowjets ist abgeblasen. Alles geht erst einmal an den Verhandlungstisch; über eine Außenministerkonferenz, zu der Chruschtschow ursprünglich gar keine Lust hatte, gibt es dann ein Gipfeltreffen, dessen Ende heute noch nicht abgesehen werden kann. Die Sowjets haben eingesehen, daß es so, wie sie es planten, nicht geht, und selbst Zonen-Verteidigungsminister Stoph, der sich verdient machen wollte, muß seine Pläne wieder in den Panzerschrank legen. Die Drohung hat zwar ihre Aktualität verloren, dafür scheint sie vorläufig an Permanenz gewonnen zu haben, die uns Westberliner zu weiterer erhöhter Aufmerksamkeit zwingen sollte. Wie gern möchte die Zonenregierung und damit die SED Westberlin neutralisieren oder, um in einem Bild zu sprechen, den Leuchtturm im Roten Meer zerstören. Die vor einigen Wochen erfolgte Umorganisierung der Berliner Bezirksleitung der SED (Bruno Baum wurde abgesetzt und der Ulbricht-Vertraute Paul Verner mit der Führung beauftragt) soll eine Aktivierung herbeiführen, die wenigstens auf dem Papier schon begonnen hat. Das Ziel ist, in Westberlin eine Aufweichung zu erreichen, die zu einem späteren Zeitpunkt diesen Teil unserer Stadt dem Kommunismus wie eine überreife Frucht vor die Füße fallen läßt. Schwerpunkt der anlaufenden Infiltration werden vor allem die Sozialdemokratische Partei und der DGB sein. Daß sich hierbei die SED solcher Mittel bedient, die jeden Bewohner der Zone, wenn er sie auch nur innerhalb des kommunistischen Machtbereichs vorschlagen würde, für Jahre hinter Zuchthausmauern bringt, zeigt nur das doppelte Spiel der „Berlin-Beglücker". So soll im gegenwärtigen Kampf um Westberlin nicht mehr der Sozialismus, sondern die Sicherung der demokratischen Rechte und Freiheiten in den Vordergrund gestellt werden und die SED fordert eine Erhöhung aller Stundenlöhne um zehn Prozent. Würde Paul Verner solchen Vorschlag dem FDGB unterbreiten, Hilde Benjamin schickte ihn wegen Boykotthetze prompt für fünf Jahre ins Zuchthaus.

Die Wahl der Mittel der Kommunisten ist weder durch Moral noch durch Wahrheit begrenzt. Wenn auch im Mai nichts passieren wird, so sollten die vergangenen sechs Monate uns eine Lehre und ein Alarmzeichen dafür sein, daß gerade wir Westberliner in unserer Aufmerksamkeit, in unserer Standhaftigkeit und in unserem Willen zur Freiheit nicht nachlassen dürfen, denn die Augen der ganzen Welt sind auf uns gerichtet. - e

Bundesnachrichten:

Macht man weiter so ...

Bei der letzten Wahl hat jeder zwanzigste Wähler in **Rheinland-Pfalz** die **Deutsche Reichspartei** gewählt. Es soll sich zumeist um unzufriedene Weinbauern handeln.

87 000 Stimmen für eine Partei der Ewig-Gestrigen, die sich nur zum Schein zur Demokratie bekennt, um nicht verboten zu werden, wie ihre Vorgängerin die SRP.

Schaftstiefel scheinen im Lande Rheinland-Pfalz wieder in Mode zu kommen ...

Louis Ferdinand als Bundespräsident?

Die „Volksbewegung für Kaiser und Reich", in der sich die deutschen Monarchisten zusammengeschlossen haben, hat in einem Schreiben an den Bundeskanzler und die Bundestagsfraktionen der Regierungsparteien vorgeschlagen, für die Wahl des Bundespräsidenten den Chef des Hauses Hohenzollern, Prinz Louis Ferdinand, zu nominieren.

Wie „Bundesführer" Wilhelm Werth aus Wetter (Ruhr) vor der Presse in Hagen mitteilte, habe der 51 Jahre alte Prinz, der gegenwärtig auf seinem Landgut Wümmehof bei Bremen lebt, schon vor längerer Zeit die Absicht zu erkennen gegeben, eine Kandidatur anzunehmen.

2000,— DM Pension für Schlegelberger

Das Bundesjustizministerium hat auf eine parlamentarische Anfrage bestätigt, daß der frühere geschäftsführende Reichsjustizminister **Schlegelberger** als Staatssekretär a. D. eine monatliche Pension von netto 2010,78 DM erhalte. Die Flensburger Justizbehörden haben gegen Schlegelberger ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil er in dem Verdacht steht, während des Krieges einen zu zweieinhalb Jahren verurteilten Polen jüdischen Glaubens zur Exekution „überstellt" zu haben. In ihrem Pressedienst kritisiert die SPD, daß es die Bundesregierung nicht für nötig befunden habe, die Strafverfolgungsbehörde zu benachrichtigen, obwohl ihr mindestens seit 1956 bekannt gewesen sei, daß Schlegelberger im Verdacht der Mittäterschaft stehe.

Hundert kommunistische Tarnorganisationen in Bayern

Der bayerische Innenminister G o p p e l erklärte kürzlich, daß dem bayerischen Innenministerium rund hundert Tarnorganisationen der verbotenen Kommunistischen Partei bekannt seien, die in Bayern arbeiten und direkt von der SED gesteuert und finanziert wurden. Schon vor dem Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht seien kommunistische Funktionäre für die Tätigkeit in den damals bereits aufgebauten Tarnorganisationen geschult worden. Der Minister versicherte, daß es in Bayern jedoch gelungen sei, die Tätigkeit der linksradikalen Tarnorganisationen unter ständiger Kontrolle zu halten.

Auslandsstimmen zum Urteil im Strack-Prozeß

Times

„Die allgemeine Reaktion auf das Urteil (im Strack-Prozeß) scheint eine Mischung aus Beschämung darüber, daß es etwas Derartiges in den oberen Kreisen der Regierung geben kann, und Stolz zu sein, daß durch den Prozeß bewiesen ist, daß Regierungsbeamte nicht über dem Gesetz stehen ... Es besteht kein Zweifel darüber, daß, abgesehen von den plumpen Versuchen, etwas zu vertuschen, der Staat viel mehr Ansehen für seine Wachsamkeit und seine rechtliche Sauberkeit gewonnen hat, als er durch vereinzelte Fälle von Korruption verlieren könnte. Selbst jetzt scheint Stolz im ganzen gesehen die Beschämung aufzuwiegen. Das deutsche Rechtswesen war zu lange ein Diener der Politik, als daß nicht das gestrige Urteil rühmliche Bedeutung haben würde. Die Mißgriffe können vielleicht zum Teil mit den unvermeidlichen Schwierigkeiten und dem Durcheinander beim Aufbau einer neuen Demokratie entschuldigt werden."

Daily Telegraph

„Der Bundeskanzler hat nicht gewünscht, daß diese Wäsche in der Öffentlichkeit gewaschen würde — Derartiges hätte sich nie im preußischen Beamtendienst ereignen können, den er einst kannte. Außerdem waren diese Männer seine Berater, denen er vertraute, und ein Angriff auf sie würde ein Angriff auf das sein, was seine Kritiker und Gegner das „System" nennen. Gegen ihn waren nicht nur politische Opponenten — und einige seiner eigenen Parteimitglieder —, sondern die meisten jener, die die Macht des Gerichts gegen die Macht der Regierung ausgespielt sehen wollten ... Es ist zu früh, diesen Fall zu feiern (aber es kann in zehn Jahren der Fall sein). Seine führenden Persönlichkeiten sind alles Leute mit Zukunft."

Bezirkliche Nachrichten:

Herausgeber: Freiheitsbund e. V., Landesverband Berlin. **Verantwortlich:** Franz Meyer, Ernst Carlbergh, beide Berlin-Wilmersdorf, Sigmaringer Str. 8, Telefon 87 29 08. **Druck:** Rudolf Otto, Berlin W 35, Lützowstraße 63, Telefon 13 12 59.